

IWH-Pressemitteilung 30/2012

Halle (Saale), den 13. September 2012

KIEL ECONOMICS
RESEARCH & FORECASTING

Konjunktur aktuell: Eurokrise nimmt deutscher Konjunktur den Wind aus den Segeln

Die einschlägigen Indikatoren deuten darauf hin, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im dritten Quartal des Jahres 2012 zunächst noch einmal zulegen dürfte, bevor es im Winterhalbjahr 2012/2013 tendenziell stagnieren wird. Gründe für die bevorstehende Eintrübung sind eine schwächere weltwirtschaftliche Entwicklung und ein weiterer Rückgang der Nachfrage nach deutschen Produkten aus dem Euroraum. Auch die Konjunktur in Ostdeutschland gerät in den Sog dieser Entwicklung. Mittelfristig dürfte die Auslastung der deutschen Wirtschaft aufgrund der expansiven Geldpolitik jedoch überdurchschnittlich sein.

Im Herbst 2012 stellen sich Lage und Aussichten für die deutsche Konjunktur deutlich schlechter dar als vor einem halben Jahr. Hauptgrund dafür sind die immer neuen Schübe der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum. Sie trüben Stimmung und Erwartungen weiter ein, und die Unternehmen bekommen die Auswirkungen der Krise zunehmend zu spüren. Die Nachfrage aus dem übrigen Euroraum, dem Hauptabsatzmarkt für deutsche Produkte, schrumpft schon seit Mitte 2011, und seit dem Frühjahr in beschleunigtem Tempo. Die Weltkonjunktur hat jedoch auch generell an Kraft verloren. So hat sich die Rezession in Großbritannien zuletzt noch einmal verschärft. Die Erholung in den USA verlangsamt sich seit Jahresbeginn, und in Japan verliert der Produktionszuwachs seit dem Frühjahr an Fahrt. In wichtigen Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien hat sich das Expansionstempo schon im Lauf des vergangenen Jahres verlangsamt.

Das Ankaufsprogramm für Staatsanleihen der EZB könnte – bei allen Nachteilen, die diese Vorgehensweise mittel- bis langfristig mit sich bringt – dazu geeignet sein, die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen der Krisenländer dauerhaft zu verringern, die enormen Kapitalabflüsse aus diesen Ländern zu stoppen und so maßgeblich zur Beruhigung der internationalen Finanzmärkte, zur Begrenzung der Finanzierungskosten der Krisenländer und damit letztlich zur kurzfristigen Stabilisierung der Konjunktur beitragen. Allerdings ist keineswegs ausgemacht, dass das Programm seine Wirkung auf Dauer in der erhofften Weise entfaltet. Es bestehen nach wie vor erhebliche Risiken für einen erneuten Rückschlag. So ist der Verbleib Griechenlands in der Eurozone nach wie vor ungewiss, auch wenn er – zumindest für den Prognosezeitraum – wahrscheinlich ist. Eine Rückkehr Griechenlands zur Drachme würde den Verkaufsdruck auf Staatsanleihen der anderen Krisenländer wohl erheblich erhöhen und vor allem zu einem verstärkten Abzug von Bankeinlagen aus den anderen Krisenstaaten führen. Die EZB müsste dann – neben verstärkten Liquiditätshilfen für die dortigen Bankensysteme – das Ankaufsprogramm umsetzen, und die Regierungen in den Krisenländern müssten tatsächlich einen Hilfsantrag beim ESM stellen, der wohl Auflagen für eine neue Runde von Konsolidierungsmaßnahmen nach sich zöge, welche die gesamtwirtschaftliche Stabilität der Länder eher gefährden als befördern dürfte. Zugleich bringt das Aufkaufprogramm aufgrund seines quasi-fiskalischen Charakters erhebliche Risiken für die mittelfristige Preisstabilität im Euroraum mit sich.

Sperrfrist:

13. Sept. 2012,
13:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Telefon:
+ 49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner

Herbstprognose:
Oliver Holtemöller
Telefon:
+ 49 345 7753 800
E-Mail:
ohr@iwh-halle.de

Ansprechpartner Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2012:

Udo Ludwig
Telefon:
+ 49 345 7753 754
E-Mail:
ldw@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundeswirtschaftsministerium
(**BMWi**), Bundesministerium
der Finanzen (**BMF**),
Bundesministerium für Arbeit
und Soziales (**BMAS**),
Bundesministerium des
Innern (**BMI**), Bundes-
ministerium für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung
(**BMVBS**), Bundeskanzleramt,
Wirtschaftsministerien der
Neuen Länder

Wissenschaftliche

Schlagwörter:
Konjunktur, Prognose,
Finanzmärkte, öffentliche
Finanzen, Geldpolitik,
Finanzpolitik, Weltwirtschaft,
Deutschland, Ostdeutschland,
Westdeutschland,
Arbeitsmarkt, Produktion

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Anders als im übrigen Euroraum hat die **Produktion in Deutschland** in der ersten Jahreshälfte weiter zugelegt. Auch im dritten Quartal 2012 dürfte die Produktion weiter zunehmen und um 0,4% über dem Vorquartal liegen. Die Industrieproduktion übertraf im Juli ihren Stand vom zweiten Quartal um 1,8%, die Bauproduktion lag um 1,9% über dem Vorquartal. Zwar ist angesichts der in der Tendenz rückläufigen Auftragseingänge in der Industrie mit einer Gegenbewegung in den Folgemonaten zu rechnen; unter dem Strich dürfte die Produktion im Produzierenden Gewerbe – anders als in den beiden Vorquartalen – jedoch leicht im Plus sein, zumal die Beurteilung der Geschäftslage seitens der Unternehmen nach wie vor recht gut ist. Für das Winterhalbjahr 2012/2013 deutet sich dann allerdings eine merkliche Verlangsamung des konjunkturellen Fahrtempos an. Sowohl die Geschäftserwartungen in Deutschland und die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe als auch internationale Stimmungsindikatoren sind im Sommer deutlich gefallen und indizieren nun, dass die Wirtschaft im Winterhalbjahr wohl kaum mehr als stagnieren wird.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für Deutschland in den Jahren 2012 und 2013

	2011	2012	2013
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
private Konsumausgaben	1,7	0,9	0,8
Staatskonsum	1,0	1,3	1,2
Anlageinvestitionen	6,2	-0,8	0,9
Ausrüstungen	7,0	-2,8	-1,5
Bauten	5,8	0,2	2,4
sonstige Anlagen	3,9	2,7	3,0
inländische Verwendung	2,6	0,3	0,9
Exporte	7,8	3,8	3,9
Importe	7,4	2,8	4,5
Bruttoinlandsprodukt	3,0	0,9	0,8
dar.: Ostdeutschland*	2,5	0,3	-
nachrichtlich:			
USA	1,8	2,2	1,7
Euroraum	1,5	-0,5	0,0
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	1,4	1,3	0,1
Tariflöhne je Stunde	1,7	2,4	2,6
Effektivlöhne je Stunde	3,2	2,5	3,0
Lohnstückkosten ^a	1,2	2,3	2,2
Verbraucherpreisindex	2,3	1,9	1,9
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	41 164	41 623	41 772
dar.: Ostdeutschland*	5 794	5 805	-
Arbeitslose ^b	2 976	2 887	2 882
dar.: Ostdeutschland*	721	679	-
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^c	6,7	6,5	6,5
dar.: Ostdeutschland*	11,1	10,5	-
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-0,8	-0,1	0,2

^a Berechnungen auf Stundenbasis. – ^b Nationale Definition. – ^c Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).
– * Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; eigene Prognose (Stand: 13.09.2012).

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2012 voraussichtlich um 0,9% und 2013 um 0,8% zulegen. Das 66%-Prognoseintervall liegt für das Jahr 2012 zwischen 0,7% und 1,1%; im Jahr 2013 reicht es von -0,2% bis 1,8%. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten bleiben wohl überausgelastet, sodass sich der öffentliche Finanzierungssaldo, der im Jahr 2012 -0,1% und im Jahr 2013 dann 0,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen dürfte, vor allem aus konjunkturellen Gründen verbessert. Der Anstieg des Verbraucherpreisindex dürfte in den Jahren 2012 und 2013 jeweils 1,9% betragen. Die Beschäftigung wird unter der vorübergehenden konjunkturellen Schwäche kaum leiden; die Arbeitslosenquote dürfte in den Jahren 2012 und 2013 bei 6,5% liegen.

Die konjunkturelle Schwächephase im Winterhalbjahr 2012/2013 wirkt sich auch auf das **mittelfristige Wirtschaftswachstum** in Deutschland aus. Es ist nunmehr mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 1¼% pro Jahr zwischen 2011 und 2017 zu rechnen. Dabei wird unterstellt, dass die Auslastung der deutschen Wirtschaft nach der vorübergehenden konjunkturellen Schwächephase noch eine Zeit lang überdurchschnittlich sein wird, weil die einheitliche europäische Geldpolitik in Deutschland noch längere Zeit expansiv wirken dürfte.

Die **ostdeutsche Wirtschaft** ist in schwieriges Fahrwasser geraten. Vor allem die Industrie verliert ihre konjunkturelle Antriebskraft. Zuwächse erzielen die privatwirtschaftlich organisierten Dienstleistungszweige und das Gesundheitsgewerbe. Im öffentlichen Sektor und hier insbesondere im Verwaltungs- und Bildungsbereich hält der Konsolidierungsprozess an und belastet die Wertschöpfung. Ein Teil der Eintrübung wird kompensiert durch die steigende Nachfrage der privaten Haushalte nach Konsumgütern und Wohnungen. Dämpfend wirken dabei allerdings die Ausrichtung der Produktion in Ostdeutschland auf Standardprodukte und auf Regionen in Westeuropa sowie der demographische Faktor. Beschäftigung wird zunächst weiter aufgebaut, die schwache Konjunktur und die leicht steigenden Lohnstückkosten bremsen jedoch die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen. Der Aufschwung am Arbeitsmarkt läuft im Jahr 2012 aus. Das Bruttoinlandsprodukt der ostdeutschen Flächenländer wächst wohl auch in diesem Jahr langsamer als in Westdeutschland. Der wirtschaftliche Aufholprozess stagniert pro Einwohner. Der Abstand in der Arbeitsproduktivität verringert sich leicht.

Veröffentlichungen:

ARBEITSKREIS KONJUNKTUR DES IWH; KIEL ECONOMICS: Konjunktur aktuell – Eurokrise nimmt deutscher Konjunktur den Wind aus den Segeln, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 18 (8-9), 2012.

ARBEITSKREIS KONJUNKTUR DES IWH: Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 18 (8-9), 2012.

LUDWIG, UDO; BRAUTZSCH, HANS-ULRICH; LOOSE, BRIGITTE; EXSS, FRANZISKA: Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2012: Im Sog der allgemeinen Abkühlung der Konjunktur, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 18 (8-9), 2012.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner Herbstprognose und Mittelfristprojektion:

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Tel.: + 49 345 7753 800, E-Mail: Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Wissenschaftlicher Ansprechpartner Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2012:

Prof. Dr. Udo Ludwig
Tel.: +49 345 7753 754, E-Mail: Udo.Ludwig@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht die transformationsbedingten ökonomischen Besonderheiten in Ostdeutschland und Mittelosteuropa, die es zu überwinden bzw. zu gestalten gilt, sowie den fortdauernden Prozess der ökonomischen Integration in Europa. In drei Forschungsabteilungen (Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik) erarbeitet das IWH darüber hinaus wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. So ist das IWH beispielsweise Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Zur Leibniz-Gemeinschaft gehören zurzeit 86 Forschungsinstitute und wissenschaftliche Infrastruktureinrichtungen für die Forschung sowie drei assoziierte Mitglieder. Die Ausrichtung der Leibniz-Institute reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute arbeiten strategisch und themenorientiert an Fragestellungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Bund und Länder fördern die Institute der Leibniz-Gemeinschaft daher gemeinsam. Weitere Informationen unter <http://www.leibniz-gemeinschaft.de>.